

Studienkurs
Politikwissenschaft

Uwe Backes

Autokratien

2. Auflage



Nomos

Studienkurs Politikwissenschaft

Lehrbuchreihe für Studierende der Politikwissenschaft
an Universitäten und Hochschulen

Wissenschaftlich fundiert und in verständlicher Sprache führen die Bände der Reihe in die zentralen Forschungsgebiete, Theorien und Methoden der Politikwissenschaft ein und vermitteln die für angehende Wissenschaftler:innen grundlegenden Studieninhalte. Die konsequente Problemorientierung und die didaktische Aufbereitung der einzelnen Kapitel erleichtern den Zugriff auf die fachlichen Inhalte. Bestens geeignet zur Prüfungsvorbereitung u. a. durch Zusammenfassungen, Wissens- und Verständnisfragen sowie Schaubilder und thematische Querverweise.

Uwe Backes

Autokratien

2., vollständig aktualisierte Auflage



Nomos



Onlineversion
Inlibra

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-3380-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-6343-1 (ePDF)

2., vollständig aktualisierte Auflage 2026

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2026. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	7
Tabellenverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	11
I. Einführung	15
II. Konzepte, Methoden, Daten	20
1. Konzepte und Theorien	20
2. Methoden	27
3. Daten	33
III. Autokratien in der Staatsformenlehre	45
IV. Analysekatogorien und Typologie	53
1. Analysekatogorien	53
2. Typologie	55
V. Despotismus	62
1. Historisch-terminologische Einordnung	62
2. Herrschaftslegitimation	67
3. Herrschaftsstrukturen	70
VI. Absolutismus	78
1. Historisch-terminologische Einordnung	78
2. Herrschaftslegitimation	82
3. Herrschaftsstrukturen	85
VII. Autoritarismus	89
1. Historisch-terminologische Einordnung	89
2. Herrschaftslegitimation	92
3. Herrschaftsstrukturen	98

Inhaltsverzeichnis

VIII. Ideokratie	109
1. Historisch-terminologische Einordnung	109
2. Herrschaftslegitimation	114
3. Herrschaftsstrukturen	121
IX. Systemstabilität	131
1. Begrifflich-konzeptionelle Grundlagen	131
2. Herrschaftslegitimation	134
3. Herrschaftsstrukturen	143
X. Systemtransformation	153
1. Begrifflich-konzeptionelle Grundlagen	153
2. Transformationsformen	157
2.1 Dedemokratisierung	157
2.2 Despotisierung	160
2.3 Detotalisierung und Retotalisierung	162
2.4 Hybridisierung	168
2.5 Transitorischer Autoritarismus und Liberalisierung	170
XI. Bilanz und Ausblick: Autokratien im 21. Jahrhundert	181
Literaturverzeichnis	189
Personenregister	227
Sachregister	235

I. Einführung

Alljährlich veröffentlicht die Washingtoner Nichtregierungsorganisation Freedom House eine Weltkarte der Freiheit, die alle Staaten der Erde nach dem Grad der Geltung von Freiheitsrechten ordnet (Abbildung I.1). Die vereinfachende Dreiteilung in Zonen mit „freien“, „teilweise freien“ und „unfreien“ Staaten erleichtert den Überblick und zeigt anschaulich die enorme Fläche derjenigen Länder, in denen die Menschen sich einer kaum kontrollierten Staatsgewalt gegenübersehen und bürgerliche Aktivrechte (wie Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit) großen Einschränkungen unterliegen. Politikwissenschaftler definieren diese Staaten meist als „Autokratien“ oder (oft synonym) „Diktaturen“.

Abbildung I.1: Freie, unfreie, teilweise freie Staaten, 2025



Quelle: Daten nach Freedom House, Map of Freedom 2025, unter: <https://freedomhouse.org/explore-the-map?type=all&year=2025> (22.12.2025). Erläuterung: weiß: freie, dunkelgrau: unfreie, hellgrau: teilweise freie Staaten.

Folgt man den Einordnungen der Freedom House-Jahresberichte, so lebten Anfang 2025 40 % der Weltbevölkerung in „unfreien“ Staaten (Bevölkerungszahlen nach: World Bank 2022), allen voran die Volksrepublik China mit rund 1,4 Milliarden Einwohnern, gefolgt von Russland (ca. 144 Millionen),

I. Einführung

Ägypten (ca. 116 Millionen), der Demokratischen Republik Kongo (ca. 109 Millionen), Äthiopien (ca. 132 Millionen), Vietnam (ca. 101 Millionen), dem Iran (ca. 92 Millionen), der Türkei (ca. 86 Millionen), Thailand (ca. 72 Millionen) und zahlreichen weniger bevölkerungsreichen Ländern. Weitere 40 % der Weltbevölkerung entfielen auf „teilweise freie“ Staaten mit dem lange Zeit als „frei“ eingestuftem Indien (1,4 Milliarden Einwohner), gefolgt von Indonesien (ca. 283 Millionen), Pakistan (ca. 251 Millionen), Nigeria (ca. 233 Millionen), Bangladesch (ca. 174 Millionen), Mexiko (ca. 131 Millionen), den Philippinen (ca. 116 Millionen) und weiteren kleineren Staaten.

Da Freedom House (Reports 2003, 2015, 2025) seit Beginn der 1970er Jahre regelmäßig Berichte veröffentlicht, lassen sich grobe Verlaufsmuster erkennen. So ging der Anteil der Weltbevölkerung in „unfreien“ Staaten (1972: 47,3 %) vor allem infolge des Untergangs der Sowjetunion und ihrer Satelliten Anfang der 1990er Jahre (1992: 31,1 %) zurück, stieg in den beiden folgenden Jahrzehnten aber wieder an. Aus dem gleichen Grund erreichte der Anteil der Weltbevölkerung in „teilweise freien Staaten“ 1992 einen besonders hohen Wert (44,1 %) und verringerte sich in den folgenden Jahrzehnten wieder. Im Jahr 2002 gelangte der Anteil der Weltbevölkerung in „freien“ Staaten auf einen Gipfelpunkt, um danach wieder etwas zurückzugehen – erst langsam, dann rasch. Anfang 2025 lebten nicht viel mehr Menschen in „unfreien“ und „teilweise freien“ Staaten (Summe: 80 Prozent) als 1972 (Summe: 64,9 %).

Francis Fukuyamas (1992) Prophezeiung vom „Ende der Geschichte“ als Folge eines weltweiten Siegeszuges des Modells marktwirtschaftlich organisierter freiheitlicher Demokratien ist angesichts der Daten von Freedom House (und vieler anderer Befunde) mit einem großen Fragezeichen zu versehen. In Teilen der Welt hat stattdessen das „China-Modell“ (Bell 2015) autokratischer Modernisierung (mit unbestreitbaren Erfolgen etwa bei der Armutsbekämpfung) an Anziehungskraft gewonnen. In den USA und weiten Teilen Europas gewannen, auch infolge sich zeitweilig zuspitzender krisenhafter Entwicklungen (Euro-Finanzkrise, „Flüchtlingskrise“, Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg), Populismen mit teils extremistischen Zügen an Boden. Die Frage „Wie Demokratien sterben“ (Levitsky/Ziblatt 2018) bewegte die internationale Gemeinschaft der Demokratieforscher, die schon während der ersten Präsidentschaft Donald Trumps (2017-2021) pessimistische Szenarien eines Abgleitens des weltweit einflussreichsten demokratischen Verfassungsstaats in autoritäre Formen entwickelte. Das alte Thema Demokratieschutz hatte bereits in den Jahren zuvor eine Renaissance erlebt. Alte Notfallsicherungen (wie die „streitbare Demokra-

tie“) wurden wiederentdeckt und erneut diskutiert (siehe nur Capoccia 2005, Downs 2012, Kirshner 2014, Thiel 2009).

Vor diesem Hintergrund hat die Autokratieforschung wieder einmal einen Aufschwung erlebt. Ihr Gegenstand ist so alt wie die Menschheit und steht bereits im Zentrum der frühesten politikwissenschaftlichen Untersuchungen, die wir kennen. Dieses Studienbuch will die Ansätze der Klassiker mit den Methoden und Ergebnissen der neueren und neuesten Autokratieforschung verknüpfen. Es wendet sich vor allem an Studierende der Politikwissenschaft, die eine historisch eingebettete Einführung in die Entstehungs-, Funktions- und Entwicklungsbedingungen nicht-demokratischer Regime der Gegenwart suchen. Es folgt einem eigenen Untersuchungsraaster, ist aber bestrebt, die Perspektiven und Ergebnisse verschiedener Schulen zu integrieren. Es will zu einer interdisziplinären Betrachtung anregen, bemüht sich, Ansätze und Befunde benachbarter Disziplinen (vor allem der Geschichtswissenschaft, Rechtswissenschaft und Soziologie, aber auch der Ökonomie, Kommunikationswissenschaft und Psychologie) zu integrieren.

Die globale Betrachtung zwingt zur Konzentration auf die Resultate vergleichender Studien mit mittleren und hohen Fallzahlen. Um die unumgängliche Abstraktionshöhe zu reduzieren, werden, wo immer möglich, generalisierende Aussagen mit Einzelfallbefunden verknüpft. Dabei soll eine zu starke Berücksichtigung der Diktaturen in Deutschland vermieden werden.

Der Aufbau des Buches folgt einer Typologie, die Kapitel IV – nach einführenden Abschnitten zu den Konzepten, Methoden und Daten der Autokratieforschung und einem kurzen historischen Abriss zur Staatsformenlehre – auf der Grundlage der Herrschaftslegitimation entfaltet, verbunden mit einer Erörterung der fundamentalen analytischen Kategorien. Infolgedessen sind „Despotismus“, „Absolutismus“, „Autoritarismus“ und „Ideokratie“ eigene Kapitel gewidmet. Typenübergreifende Betrachtungen enthalten die beiden folgenden Kapitel, die Bedingungen systemischer Stabilität und Formen der Systemtransformation behandeln. Die Demokratisierung nimmt dabei geringeren Raum ein als der Übergang zur Autokratie und der Wechsel zwischen verschiedenen Autokratietypen. Die Darstellung findet ihren Abschluss mit einer Diskussion der Ursachen der jüngsten „Autokratisierungswelle“, die im Zentrum der internationalen Forschungsdebatte steht.

Dieses Buch ist aus meiner Vorlesung „Autokratien im Vergleich“ am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Dresden hervorgegangen. Es verdankt der methodologischen und methodischen Expertise der von

I. Einführung

Werner J. Patzelt über viele Jahre geprägten vergleichenden Systemforschung wertvolle Anregungen, in nicht geringem Umfang aber auch den kritischen Rückfragen der Studierenden. Gleiches gilt für die studentischen Hilfskräfte, die mich über viele Jahre hinweg unterstützt haben – oft weit über das erwartbare Maß hinaus.

Die Schwerpunkte der Vorlesung veränderten sich im Laufe der Jahre. Am Anfang standen die Totalitarismusforschung und die konstruktiv-kritische Auseinandersetzung mit ihr im Zentrum. Vor allem der langjährigen vertrauensvollen und freundschaftlichen Zusammenarbeit und dem intellektuellen Austausch mit Eckhard Jesse verdanke ich viel (zuerst: Backes/Jesse 1984). Später kam die Transformationsforschung hinzu – mit neuen Perspektiven und Einsichten, die ein von der Europäischen Kommission gefördertes, von Gerhard Besier angestoßenes Marie-Curie-Projekt (mit Tytus Jaskułowski und Abel Polese als intellektuell anregenden Kooperationspartnern) ermöglichte (Backes/Jaskułowski/Polese 2009). Das Hannah-Arendt-Institut mit seinen geschichtswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten im Bereich der Diktaturen in Deutschland regte zum interdisziplinären Austausch an und konterkarierte die in der Politikwissenschaft oft anzutreffende Gegenwartsfixierung. Gleichzeitig weitete sich der Blick auf das ganze Formenspektrum moderner Autokratien weltweit. Wie kein anderer am Institut erschloss Steffen Kailitz die Ergebnisse der internationalen Autokratieforschung. Wegweisend blieben die Studien von Juan J. Linz, mit dem wir uns anlässlich eines längeren Deutschlandaufenthalts Anfang der 2000er Jahre rege austauschen konnten. Dies schärfte das Bewusstsein für die Sonderstellung der Weltanschauungsdiktaturen (Ideokratien), die mit Samuel Huntingtons dritter Demokratisierungswelle weltweit zwar an Bedeutung verloren hatten, aber keinesfalls völlig von der Bildfläche verschwunden waren. Dieser Einsicht entsprang – in Zusammenarbeit mit Peter Bernholz, Wolfgang Bialas, Lothar Fritze, Johannes Gerschewski, Christian Göbel, Udo Grashoff, Roger Griffin, Hermann Lübbe, Leonid Luks, Jerzy Maćków, Lorenzo Santoro, Manfred G. Schmidt, Peter Thiery, Jiwon Yoon – ein Band, der die Besonderheiten ideokratischer Autokratien im Vergleich zu anderen Formen herauszuarbeiten suchte (Backes/Kailitz 2014, englische Ausgabe 2016). Kapitel VIII (Ideokratie) baut darauf auf. Auch manche Einsichten aus einem Vergleich der „Staatssozialismen“ sind dort eingeflossen (Backes/Heydemann/Vollnhals 2019). Von Peter Graf Kielmanseggs Legitimitätstheoretischen und herrschaftsstrukturellen Studien (siehe nur die Beiträge bei Cavuldak 2019) gingen bedeutende Impulse aus.

Die Basistypologie dieses Bandes schöpft vor allem aus den profunden Studien von Juan J. Linz, nimmt aber zugleich Ideen auf, die im Rahmen mehrerer konzeptgeschichtlicher Studien am Hannah-Arendt-Institut entworfen worden sind (zuletzt: Backes/Heydemann 2018). Mike Schmeitzner war dabei ein häufiger, stets inspirierender Gesprächspartner. Später kam Thomas Lindenberger mit neuen sozial- und alltagshistorischen Fragestellungen hinzu. Eine historische Vorstudie erschien in einem konzeptgeschichtlich angelegten Band unter der Ägide von Alexander Gallus und Eckhard Jesse (Backes 2004). Ein erster typologischer Entwurf konnte auf der Tagung der Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) in Delmenhorst (November 2007) zur Diskussion gestellt werden. Vor allem der viel zu früh verstorbene Gero Erdmann sowie Marianne Kneuer gaben wertvolle Hinweise. Die Verknüpfung des typologischen Konzepts mit der Frage nach autokratischen Legitimierungsstrategien (Backes 2013) und der Geschichtspolitik (2009a) lag nahe.

Dieses Buch hat also eine lange Vorgeschichte und viele geistige Mütter und Väter. Die in ihm enthaltenen Fehler und Irrtümer liegen in der alleinigen Verantwortung des Autors.

III. Autokratien in der Staatsformenlehre



Überblick

Das Kapitel zeigt, wie die Konzepte der neueren Autokratieforschung auf Begriffe und Typologien rekurrieren, deren Wurzeln bis zur antiken Staatsformenlehre zurückreichen. Damit will es Wege weisen, um die in der Alltagssprache oft unverbunden und ungeklärt nebeneinander gebrauchten Termini Autokratie, autoritäre Herrschaft, Despotie, Diktatur, Totalitarismus etc. sinnvoll abzugrenzen und analytisch fruchtbar zu machen.

Die Autokratieforschung der Gegenwart nutzt überwiegend Begriffe und Typologien, die der antiken Staatsformenlehre entstammen (Demandt 2007; Gallus 2007). Sich dieser begriffsgeschichtlichen Zusammenhänge zu vergewissern, dient nicht etwa nur nostalgischer Traditionspflege, sondern vor allem der Gewinnung analytischer Kategorien, um politische Systeme in ihren Funktionsweisen zu erfassen und vergleichend einordnen zu können.

Wegen ihrer herausragenden verfassungsgeschichtlichen Bedeutung beginnen historische Betrachtungen zur Staatsformenlehre oft mit der Sechsertypologie des griechischen Philosophen Aristoteles (384–322 v. Chr.). Er veränderte das Konzept seines Lehrers Platon (428/427–348/347 v. Chr.), indem er dessen empirisch-numerisches Kriterium (Zahl der Herrschaftsträger) mit einem normativen Element verknüpfte, das nicht auf formale Gesetzeskonformität, sondern auf die legitimatorische Leitidee der Herrschaftsausübung (Herrschaftsziele) abhob. Tyrannis, Oligarchie und Demokratie (im Sinne von Pöbelherrschaft/Ochlokratie) unterschieden sich demnach durch ihre Orientierung am Eigennutz von den gemeinwohlorientierten Formen der Einherrschaft (Monarchie), Wenigenherrschaft (Aristokratie) und Vielherrschaft (Politie). Nur die am Gemeinwohl, an den Interessen der Polis als (pluraler) Gesamtheit orientierten Staatsformen galten als „politisch“; als „despotisch“ dagegen jene, die den (Stadt-)Staat (Polis) wie einen Hausstand (Oikos) behandelten, wo der Hausherr nach Lust und Laune mit seinen Untergebenen (Frauen, Kinder, Sklaven) verfare.

III. Autokratien in der Staatsformenlehre

Tabelle III.1: Staatsformen nach Aristoteles

Herrschaftsträger \ Herrschaftsausübung	Einer	Wenige	Viele
Gemeinwohl-Orientierung (politisch)	Basileia Königtum	Aristokratia Aristokratie	Politeia Politie
Eigennutz (despotisch)	Tyrannis Tyrannie	Oligarchia Oligarchie	Demokratia Demokratie

Quelle: eigene Darstellung nach Aristoteles, Politik, IV 1289a 19; Aristoteles 1955: 167.

Der Typologie des Aristoteles gingen mehrere Jahrhunderte griechischer Verfassungsdiskussionen voraus. Die Bezeichnungen „Tyrannos“ und „Tyrannis“ scheinen die alten Griechen einem anatolischen Dialekt entlehnt und zuerst auf den sagenumwobenen lydischen König Gyges angewandt zu haben, dessen Regierung (ca. 680–644 v. Chr.) mit ihrer Unbeschränktheit als ungriechisch erschien. Der Ausdruck brachte bei den frühen Autoren weniger den usurpatorischen, gewaltsamen oder ungesetzlichen Charakter der Herrschaft als deren Unkontrolliertheit zum Ausdruck (Turchetti 2001: 34–37). In diesem Sinne heißt es im berühmten „Tyrannenkapitel“ des Aristoteles, bei „einigen Barbaren“ würden „unumschränkte Alleinherrscher“ (autokratoras monarchous) gewählt (IV 1295a 11; Aristoteles 1955: 183; 1909: 138). Eine solche Herrschaft, die „ohne Verantwortlichkeit über alle Ebenbürtigen und Besseren regiert, zu ihrem eigenen Nutzen und nicht zum Nutzen der Regierten“, könne bei den Griechen nur „unfreiwillig“ sein, „denn kein Freigeborener wird freiwillig eine solche Herrschaft akzeptieren“ (Aristoteles 1955: 183).

Die Bezeichnung Autokratie begegnet uns mithin schon bei Aristoteles, auch wenn sie keinen eigenen Regimetyp benennt. Ihre enge Verbindung mit der Tyrannis findet sich später beim Historiker des römischen Bürgerkriegs, Appian (90–160 n. Chr.), wieder, wenn er Sulla (um 138–78 v. Chr.) als „autokratischen Tyrannen“ (tyrannon autocratora) charakterisiert (Turchetti 2001: 163). Damit eng verbunden ist die Abwertung des römischen Begriffs „Dictator“, den noch die griechischen Historiker wie Polybios gebrauchten, um eine rechtmäßige, zur Überwindung einer Notstandssituation etablierte Ausnahmewelt zu bezeichnen. Der Missbrauch der republikanischen Diktaturgewalt

und deren illegale Verstetigung unter Sulla und Caesar (100–44 v. Chr.) leitete eine begriffsgeschichtliche Entwicklung ein, die zur Angleichung der Termini Tyrannis, Autokratie und Diktatur führte (Nicolet 2004). Allerdings dauerte es bis zur Französischen Revolution, bis sich die neuere pejorative Verwendung des Diktaturbegriffs in Europa gegen das ältere Verständnis durchsetzte (Nippel 2019).

Die aristotelischen Begriffe und Typen dominierten die Staatsformenlehre bis weit ins 18. Jahrhundert hinein – allerdings in vielfältigen Anwendungs- und Interpretationsformen. In der mittelalterlichen Scholastik verband sich die Tyrannislehre mit einer christlichen Ethik, die neben der persönlichen Eignung des Herrschers („Fürstenspiegel“) auch institutionelle Lösungen (Mäßigung durch Mischung von Verfassungselementen) zur Förderung tugendhaften Verhaltens anbot (Thomas von Aquin, *De regimine principum*, unsichere Datierung, ca. 1265–1273). Die in der frühen Neuzeit vor allem bei Niccolò Machiavelli (*Il Principe*, ca. 1513) und Jean Bodin (*Les six livres de la République*, 1576) zu beobachtende Tendenz einer Entkoppelung der Machtstrukturanalyse von ethischen Erwägungen führt keineswegs zu einer generellen Denormatierung der Staatsformdiskussion. So ist die Regimenlehre eines der für den Liberalismus bedeutendsten Autoren des 18. Jahrhunderts, Charles-Louis de Montesquieu (1689–1755), durch die Verschränkung empirisch-analytischer und normativer Kriterien gekennzeichnet.

Tabelle III.2: Staatsformen nach Montesquieu

Herrschaftsträger \ Herrschaftsausübung	Herrschaftsträger		
	Einer	Wenige	Viele
Gemäßigt	Monarchie	Aristokratie (Republik)	Demokratie (Republik)
Extrem	Despotie		

Quelle: eigene Darstellung nach Montesquieu.

Montesquieu übernimmt in seinem Werk (*De l'esprit des lois*, 1748) die aristotelische Unterscheidung nach der Zahl der Herrschaftsträger, verbindet sie aber mit dem Qualitätsmerkmal effektiver Gewaltenkontrolle, die Gemeinwohl fördere. Die so organisierten Regime werden als gemäßigte Regierungen (*gouvernements modérés*) den (extremen) „despotischen“ entgegengesetzt

III. Autokratien in der Staatsformenlehre

(Montesquieu 1979: Buch II). Die gemäßigten Subtypen heißen bei Montesquieu Aristokratie und Demokratie; beide Formen sind als „Republiken“ von der Monarchie unterscheiden. Fehlt der Monarchie die mäßigende Gewaltenschränkung (insbesondere in der Form unabhängiger Gerichte und parlamentarischer Kontrollen), gilt sie ebenso als Despotie wie die unkontrollierte Herrschaft der Vielen („despotisme de tous“; Montesquieu 1979, Buch VIII, Kap. 6).

Montesquieus Gewaltenteilungslehre und ihre Vorläufer gewannen durch den Liberalismus und Konstitutionalismus des späten 18. und 19. Jahrhunderts epochenmachende Bedeutung und modifizierten die aristotelische Staatsformenlehre, ohne sie zu verdrängen. Einer der einflussreichsten schweizerisch-deutschen Verfassungsrechtler des 19. Jahrhunderts, Johann Caspar Bluntschli (1808–1881), schrieb in seiner „Allgemeinen Staatslehre“, die von Aristoteles vor „mehr als zweitausend Jahren“ entwickelte „Einteilung der Staatsformen“ sei „noch gegenwärtig als die herrschende Ansicht zu betrachten“ (Bluntschli 1875: 369). Mit seiner eigenen Typologie führte er Aristoteles fort, indem er das Sechsserschema um zwei Formen erweiterte: Ideokratie und Idolokratie. Denn die Grundtypen des Aristoteles bezögen sich lediglich auf Staaten, in denen die oberste Gewalt bei Menschen liege. Wenn aber eine übermenschliche Größe, ein Gott oder „ein anderer übermenschlicher Geist, oder eine Idee, als der wahre und eigentliche Herrscher verehrt“ werde, handele es sich um einen anderen Staatstyp, nämlich die „Ideokratie“ (und deren am häufigsten auftretende Variante: die „Theokratie“) sowie deren Entartungsform, die „Idolokratie“ (Bluntschli 1875: 371 f.). Bluntschli variierte dieses Schema in den zahlreichen Ausgaben seiner Staatslehre, übte mit ihm aber nicht nur in den deutschsprachigen Ländern, sondern auch international großen Einfluss aus (Schmid 2010).

Bluntschlis Typologie übernahm sein einflussreichster Schüler nicht. Georg Jellinek plädierte stattdessen dafür, Staatsformen lediglich nach den formalrechtlichen Prinzipien der in den „Verfassungen ausgeprägten Willensverhältnisse“ zu unterscheiden und die Frage nach den „ethischen und sozialen Eigenschaften“ der Herrschenden auszublenden, weil sich darüber mit „wissenschaftlicher Sicherheit“ keine Aussagen treffen ließen. Seine Staatsformenlehre basierte auf dem Dualismus Monarchie/Republik, arbeitete aber auf dieser Grundlage mit zahlreichen Subtypen, etwa nach der „Art der Volksvertretung, nach Organisation und Ausübung der Regierung, deren Beziehung zu den anderen Staatsorganen, nach Art der Zentralisation und Dezentralisation, nach

der Stellung der Gerichte zur Gesetzgebung, nach der Art des Wehrsystems usw.“ (Jellinek 1920: 667 f.).

Tabelle III.3: Staatsformen nach Bluntschli

Herrschaftsträger / Herrschaftsausübung	Übermenschliche Größe	Einer	Wenige	Viele
Gemeinwohl-Orientierung (politisch)	Ideokratie (Theokratie)	Monarchie Königtum	Aristokratie	Demokratie
Eigennutz (despotisch)	Idolokratie	Tyrannis Despotie	Oligarchie	Ochlokratie

Quelle: eigene Darstellung nach Bluntschli 1875.

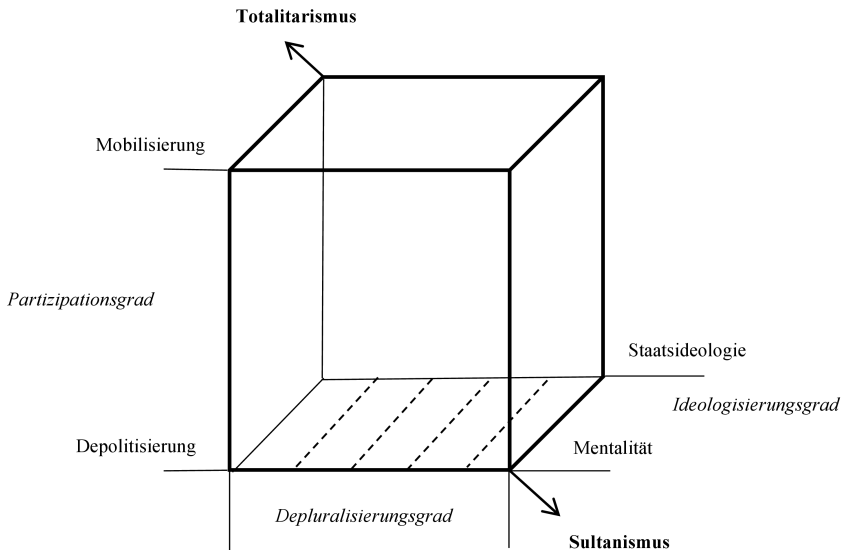
Der Bedeutungsverlust monarchischer Systeme infolge des Ersten Weltkrieges und die damit einhergehende Entstehung neuartiger Autokratien verringerte den analytischen Wert dieser Unterscheidungen. In Italien begann infolge des Aufstiegs des Faschismus die Diskussion um ideologiegetriebene, von politischen Bewegungen und sich etablierenden monopolistischen Staatsparteien getragene „totalitäre Systeme“, in deren Mittelpunkt der Vergleich zum Regime der Bolschewiki in Russland stand (dazu ausführlich Kap. VIII. 1). Die neue Terminologie erlangte infolge der Ausbreitung der Faschismen, der kurzen, aber folgenreichen NS-Herrschaft in Deutschland, des internationalen Aufstiegs der Sowjetunion und der Etablierung kommunistischer Staaten in Mittel- und Osteuropa sowie in Asien für mehrere Jahrzehnte Dominanz in der internationalen Autokratieforschung. Die Auseinandersetzung mit dem – mehrfach modifizierten und verfeinerten – Totalitarismusmodell Carl J. Friedrichs und seines zeitweiligen Mitarbeiters Zbigniew Brzezinski (mit sechs Hauptmerkmalen: „offizielle Ideologie“ mit chiliastischem Anspruch, eine einzige „Massenpartei“, „terroristische Geheimpolizei“, Monopol aller Nachrichtenmittel“, „Waffenmonopol“, „zentrale Lenkung und Beherrschung der gesamten Wirtschaft“; Friedrich 1957: 19 f.) bestimmte weite Teile der Autokratieforschung bis in die 1970er Jahre hinein.

Zu den international einflussreichsten Forschern, die der Verengung der Autokratieproblematik auf den Gegensatz Totalitarismus/Demokratie früh entgegenwirkten, zählte Karl Loewenstein. In einer Studie zum Vargas-Regime in

III. Autokratien in der Staatsformenlehre

Brasilien (Loewenstein 194: 126) hob er das Fehlen einer Ideologie hervor, wie sie das faschistische Italien und das NS-Regime (Loewenstein 1939) entwickelt hatten. Seine Verfassungslehre (Loewenstein 1959) baute er in der Tradition Montesquieus auf den Gegensatz Verfassungsstaat/Autokratie auf und unterschied kategorisch zwischen „totalitären“ und „autoritären“ Regimen. Dem Autoritarismus ordnete er mehrere Subtypen zu (absolute Monarchien, plebiszitärer Cäsarismus, Neopräsidentialismus). Der Fixierung auf das Totalitarismusmodell trat später auch Juan J. Linz entgegen, der, ausgehend vom Beispiel Franco-Spaniens, die besonderen Funktionsmechanismen nicht-totalitärer Autokratien aufzeigte. Seine dreidimensionale Typologie der Autokratieformen erlangte in der internationalen Forschung kanonische Geltung.

Abbildung III.1: Typologie autokratischer Regime nach Juan J. Linz



Quelle: eigene Darstellung nach Linz.

Linz unterscheidet die Formen autokratischer Herrschaft (er spricht von „Autoritarismus“) nach Art und Ausprägung der Herrschaftsideologie, der Partizipation und des (limitierten) Pluralismus (Linz 1975: 278). Die drei Seiten des Würfels werden jeweils von Extrempolen begrenzt: Der Ideologisierungsgrad reicht von einer „Mentalität“ (geringe Ideologisierung) bis zu einer elaborierten Staatsideologie mit exklusivem Herrschaftsanspruch. Die Partizipation bewegt sich zwischen „Mobilisierung“ (hoher Partizipationsgrad) und „Depo-

litisierung“ (geringer Partizipationsgrad). Der Pluralismus ist entweder völlig vernichtet oder stark eingeschränkt, aber im kulturellen, ökonomischen und politischen Bereich trotz vieler Begrenzungen wirksam. Die polaren Autokratietypen des Linz'schen Würfels bilden Totalitarismus und Sultanismus. Der Totalitarismus verknüpft hochgradige Ideologisierung und Depluralisierung mit gelenkter Mobilisierung, der Sultanismus geringe Ideologisierung und Depluralisierung mit hochgradiger Depolitisierung.

Die Linz'sche Autoritarismus-Typologie kombiniert herrschaftslegitimatorische mit herrschaftsstrukturellen Systemeigenschaften. Dagegen dominieren in der jüngeren Autokratiediskussion Typenbildungen, die in erster Linie auf Herrschaftsträger und Herrschaftszugang abheben. Vielfältige Anwendung hat Barbara Geddes' Unterscheidung zwischen „personalistischen“, Militär- und Einparteidiktaturen gefunden (Geddes 1999). Axel Hadenius und Jan Teorell verknüpfen Aspekte des Herrschaftszugangs und der Herrschaftsträger zu einer breiter aufgefächerten Typologie, die nicht nur Einparteierrschaft, sondern auch Keinparteieregime und limitierte Mehrparteienregime erfasst (Hadenius/Teorell 2007). Die einseitige Betonung herrschaftsstruktureller Aspekte nehmen andere Forscher zum Anlass, herrschaftslegitimatorische Kategorien in die Typenbildung einzubeziehen (Kailitz 2009, 2024).

Für welche Lösung auch immer man sich entscheidet: Der Nutzen einer Typologie erweist sich in ihrer empirischen Anwendung. Je nach Forschungsgegenstand können unterschiedliche Typologien fruchtbar sein. Vor allem muss es darum gehen, die verwendeten analytischen Kategorien zu verstehen und sinnvoll anzuwenden. Einen Beitrag dazu soll das folgende Kapitel leisten.



Literaturtipps

Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (2007) (Hrsg.): Staatsformen von der Antike bis zur Gegenwart. Ein Handbuch, 2. Aufl., Köln/Weimar/Wien: Böhlau. – Die Autoren des Bandes erschließen die Analysepotenziale der Konzepte und Typen einer jahrhundertealten Staatsformenlehre für die moderne Autokratieforschung. Dabei werden Konzept- und Realgeschichte miteinander verknüpft.

Kailitz, Steffen (2024): Typologies of autocratic regimes, in: Lindstaedt, Natasha/Van den Bosch, Jeroen J.J. (Hrsg.): Research Handbook on Authoritarianism, Cheltenham: Edward Elgar Publishing, S. 11–34. – Der Autor vermittelt einen breiten Überblick zur Subtypenbildung in der Autokratieforschung mit Schwerpunkt auf die Fülle neuerer Untersuchungen seit dem Untergang der Sowjetunion und der wenige

III. Autokratien in der Staatsformenlehre

Jahre darauf einsetzenden, anfänglich unerwarteten (Re-)Autokratisierungswelle.

Sachregister

A

Absolutheitsanspruch 111
Afghanistan 81, 120, 170
AGIL-Schema 22
Ägypten 16, 81, 102
Algerien 99, 100
Antifaschismus 119, 139, 174, 176
Antikommunismus 139, 143
Antisemitismus 118
Äquatorialguinea 60
Arabellion 31, 61, 81, 101, 105, 186
Argentinien 99, 100, 170
Aristokratie 45–49, 187
Äthiopien 16
Autokratieförderung 186
Autokratisierung 155, 159, 160, 168, 181–185

B

Bahrain 81, 82, 84, 86, 87, 186
Balilla 124
Bangladesch 16
Belarus 96, 99, 103, 137
Bhutan 82
Blockparteien 122, 173, 174, 176
Bolivarianische Revolution 94, 186
Bolivien 186
Bolschewismus 110–112
Bonapartismus 90
Brasilien 50, 90, 91, 158
Brunei 82, 85–87
Bulgarien 80
Bürokratie 78

C

Caudillismo 62
Chile 100
Chiliasmus 116
China, Volksrepublik 15, 16, 33, 80, 94, 96, 99,
101, 107, 123, 125, 126, 130, 137, 138, 147, 151,
167, 168, 185, 186
Civic Culture 132

D

Datenzugang 35
DDR 29, 122, 124, 125, 129, 130, 165, 170–172,
174–176, 178
Dekonsolidierung 154, 155, 171

Demokratie

– exklusive 158
Demokratieregression 181, 184
Depluralisierung 51, 91, 127, 145
Depolitisierung 51
Despotisierung 160–162
Detotalisierung 113, 162–165, 167
Diktatordilemma 24
Dominikanische Republik 63
Doppelstaat 106, 123
Durchherrschaft 114
Dynastie 60, 70, 80, 82, 83, 88, 119, 136, 140,
145

E

Ecuador 182
Einiges Russland 105, 138
Einparteiregime 102, 122, 145
Ende der Geschichte 16
Enklavendemokratie 158
Erbfolge 82
Erosionsagenten 159
Eswatini, Swasiland 82, 86
Exklusion 85
Extremismus 167

F

Falange 100
Fallstudien 130, 180
Fanatismus 59, 109
Faschismus 49, 91, 110, 111, 117
Feindbilder 116, 119, 176
Florenz 109
Frankreich 79, 109, 145

G

Gegenöffentlichkeit 165
Georgien 95
Gerrymandering 103, 158
Gewalt 20–23, 36, 38, 43, 48, 83, 90, 99, 115,
117, 134, 146, 149, 183
Gewaltkontrolle 47, 57, 58, 90, 165
Gewaltkonzentration 58, 111, 159
Gewinnkoalition 24, 74, 100, 157
Gottesgnadentum 60, 79, 83
Griechenland 26, 80
Großbritannien 26, 158
Gründungsmythos 97, 140
GULag 119, 129

Sachregister

H

Habsburger 145
Haiti 60, 63, 68, 77
Hardliner 167
Hegemonialpartei 97, 102, 105, 106
Herrschaftsintensität 54, 55
Herrschaftslegitimation 17, 26, 29, 37, 53, 54,
58, 59, 61, 67, 82, 83, 87, 92, 114, 116, 134,
136, 141, 153, 175
Herrschaftsreichweite 54, 55, 98, 153, 179
Herrschaftssoziologie 21, 22, 62, 63
Herrschaftsverbände 21
Hitlerjugend 124
Holodomor 127
Hybride Regime 168, 169
Hybridisierung 168

I

Ideologie, offene und geschlossene 164
Ideologie, totalitäre 112
Ideologisierung 50, 51, 91
Idolokratie 48, 49
Illoyalität 55, 133
Imperialismus 96
Imperium 28, 75, 120
Indien 16, 181
Indizes 37, 38
Indoktrination 54, 85, 124, 125
Indonesien 16, 169
Institutionalisierung 21, 32, 65, 81, 98, 154, 155
Institutionen
– formale 144
– informelle 23, 64, 144
Integration 22, 41, 55, 85, 106, 133, 134, 144,
146–148
Irak 81, 170
Iran 16, 81, 120, 121, 137, 186
Islamismus 120
Italien 49, 50, 90, 110–112, 115, 121, 122, 128

J

Jakobiner 124
Japan 170
Jemen 101
Jordanien 81, 82, 87
Juche 119, 142
Judikative 23, 37, 79, 87, 106, 111, 183
Jugendorganisationen 54, 124

K

Kambodscha 81, 127
Katar 81, 82, 87, 135

Keinparteiregime 51, 99, 102
KGB 94, 128, 130
Klientelismus 23, 64–66, 77, 86, 169
Kolonialismus 96, 97
Kommunikation 23, 125, 135
Kommunismus 117, 124, 166
Kompetitivität 40, 58, 99, 103, 108, 123, 141,
142, 160, 168, 176, 182, 183
Komsomol 124
Konfuzianismus 25, 96, 97
Kongo 16, 60, 63, 68, 69
Konsolidierung 68, 154, 155, 165
Konzentrationslager 126, 129
Kooptation 55, 84, 106, 130, 134, 147, 151, 159
Korruption 23, 34, 37, 60, 65, 76, 77, 138, 164,
169, 174, 178
KPdSU 67, 124, 171
Krim 95
Kuba 60, 63, 77, 100, 119, 139, 162, 186
Kuwait 81, 82, 87, 135

L

Lager 126, 128, 144
Laogai 129, 167
Laos 101
Leninismus 96, 114
Lex Salica 71
Libanon 186
Liberalisierung 123, 149, 156, 157, 170
Libyen 81, 101
Litauen 95
Loyalität 24, 54, 67, 72, 73, 133, 148

M

Macht
– infrastrukturelle 22
Malaysia 81, 97, 168
Manipulation 117
Marokko 81–83, 86, 87, 137
Marxismus-Leninismus 96, 114
Massenmobilisierung 113, 121
Massenorganisationen 123, 124, 142, 164, 173,
174, 176
Massenterror 113, 150, 163
Mäßigung 47
Medienlenkung 125, 146
Mentalität 50, 61, 92, 94, 119, 128, 135
Mexiko 16, 168
Militär 28, 51, 56, 72, 73, 80, 90, 99, 101, 102,
104, 142, 146, 155, 158, 161
Militärregime 93, 100, 146
Mission 94–96, 120
Mobilisierung 50, 51, 109, 111, 123, 142, 151

Modernisierung 16, 85, 93, 96, 129, 135, 140, 185
Moskau 33, 70, 114, 173
Münster, Westfalen 109
Myanmar 99, 100, 146

N

Nationalismus 92, 93, 95, 96, 167
Nationalsozialismus 28, 116, 124
Néo-Destour 102
Neoinstitutionalismus 23, 26
Neopatrimonialismus 63–66, 77
Neosultanismus 64
New York 77
Nicaragua 63, 155, 161, 186
Nigeria 16, 169
Noirismus 68
Nordkorea 125, 126, 141, 145, 162, 186
Norwegen 80, 131
NS-Regime 29, 50, 67, 115, 122, 126, 145
NSDAP 122, 124, 129

O

Objektive Gegner 151
Ochlokratie 45, 49
Öffentlichkeit 35, 37, 55, 58, 73, 76, 124, 125, 164, 174
Oligarchen 34, 76, 144
Oligarchie 45, 46, 49
Oman 81, 82, 85, 86, 135
Opposition 58, 71, 76, 85, 98, 99, 103–105, 109, 116, 144, 146, 148, 149, 154, 159, 167, 168, 170, 176
Organisationsmacht 146, 148, 150, 151
Österreich 79, 80, 90, 172

P

Pakistan 16, 99
Palingenetische Mythen 118
Paris 124
Partito Nazionale Fascista 122
Partizipation 40, 50, 56, 59, 65, 91, 142
Parusieverzögerung 143
Patrimonialismus 63
Patronale Netzwerke 66
Peking 114, 138
People's Action Party 102
Performanz 108, 133, 135, 146, 176
Performanzdilemma 135, 185
Personenkult 65, 67, 68, 70, 110, 140, 141, 162, 167
Peru 100

Philippinen 16, 60, 63, 75, 77, 161
Polen 26, 95, 129, 152, 154, 158, 163, 165, 166, 182
Politie 45, 46
Polykratie 123, 145
Portugal 26, 79, 90
Posttotalitarismus 163–165, 167
Preußen 60, 79, 145
Propaganda 23, 54, 75, 85, 125, 164
Protest 149, 160, 165, 172, 175, 179
Putsch 105, 116, 129

R

Rassismus 127
Rational Choice 32
Reautokratisierung 107
Regimetransformation 153
Regimewechsel 154
Reideologisierung 167
Repression 24, 38, 43, 72, 101, 104, 106, 130, 131, 133, 134, 146, 150, 151, 163, 175
Republikanisierungswellen 80
Revolution 34, 47, 89, 94, 109, 129, 161, 162, 186, 187
Rezentralisierung 167
Rumänien 63, 80, 162, 164
Russland 15, 33, 49, 80, 91, 94, 96, 99, 103, 105–107, 110–112, 121, 122, 138, 151, 152, 169, 186

S

Samisdat 125
Sandinisten 161
Satellitenstaaten 115, 122, 123, 129, 153, 163, 171
Saudi-Arabien 81, 82, 84, 86, 88, 137, 186
Scharia 85
Schattengesellschaft 164
Schweiz 74
SED 29, 125, 142, 170–177, 179
Selektorat 24
Semiopposition 148
Serbien 80
Sicherheitsapparat 73, 178
Sicherheitsdienste 55, 71, 146
Simbabwe 151, 186
Singapur 96, 97, 106, 135, 168, 185
Sowjetunion 16, 49, 51, 67, 109, 112, 113, 115, 122, 123, 125, 126, 128–130, 153, 171, 172
Sozialismus 117, 119, 122, 163, 173, 175, 178
Spanien 26, 79, 93, 100, 105, 111, 154
Sri Lanka 182
Staatlichkeit 37, 38, 64, 144
Staatsdoktrin 69, 91, 119

Sachregister

Stalinismus 67, 175
Steuerungsfähigkeit 143
Stronnictwo Demokratyczne 165
Südafrika 168
Sudan 186
Südkorea 126
Sultanisierung 161, 162
Sultanismus 51, 60, 62, 63, 65, 66, 77, 162, 164
Superexekutive 105
Syrien 34, 101, 186
Systemanalyse 22
Systemtheorie 22, 23, 26
Systemtransformation 17, 153, 172, 180
Systemwechsel 148, 153, 154, 170

T

Taiwan 151, 168
Taliban 120
Tamisdat 125
Terror 38, 43, 44, 72, 126, 127, 129, 163
Terrorismus 36, 97
Thailand 16, 82
Tibet 107
Totalitarismus 21, 45, 49, 51, 59, 63, 91,
110–112, 120, 162, 165, 166
Transition, ausgehandelte 170
Tschechoslowakei 122, 165, 166
Tunesien 101, 102, 105
Türkei 16, 90, 155, 159–161, 169
Turkmenistan 60, 63, 69
Tyrannei 46

U

Übergangsautoritarismus 170, 172, 175, 178

Überwachung 128, 129, 133, 167
Uganda 73
Ukraine 16, 95, 127, 143, 169
Ulema 87, 88
Ungarn 129, 158, 165, 166, 171, 172, 182, 184
Unterdrückung 111, 131, 133, 186
USA 16, 26, 34, 36, 75, 76, 94, 119, 128, 138,
143, 158, 167, 183

V

Venezuela 94, 155, 159, 169, 186
Vereinigte Arabische Emirate 81
Vergleich
– diachroner 29
Vietnam 16, 101, 186
Volksvertretung 48

W

Wahhabismus 87
Wahlkönigtum 82
Wahlmanipulation 87
Wettbewerbsgrad 37, 99, 102–104, 123
Widerstand 146, 149
Wiedertäufer 109

X

Xinjiang 107, 167

Z

Zaire 63, 72
Zarenreich 120
Zivilgesellschaft 155